

## Widerstand gegen Schliessung wächst

**LUZERN** Die Fachklasse Grafik erhält nicht nur Unterstützung von Emil, sondern auch vom kantonalen Gewerbeverband. Dieser zerpfückt die Argumente der Regierung, gibt ihr aber in einem Punkt Recht.

ALEXANDER VON DÄNIKEN  
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Die von der Schliessung bedrohte Fachklasse Grafik ging gestern mit einer Medienkonferenz in die Offensive – und das auf ihre eigene, kreative Art. Denn die Schulleitung hielt sich mit offiziellen Statements zurück. Man wolle die politische Dimension respektieren, bis die allseits kritisierte Sparmassnahme im Dezember im Kantonsrat beraten wird. Was allerdings durchsickerte: Am 4. November hätte das Aufnahmeverfahren der Berufsschule gemäss Terminplan starten sollen. Da aber schon der nächste Jahrgang 2016/17 von der Schliessung betroffen wäre, wurde das Verfahren auf nach der Debatte verschoben.

### Emil: Schule fördert Ur-Kreativität

Für den Erhalt der Schule plädierten gestern prominente Fürsprecher.

Kabarettist **Emil Steinberger** (82) schwelgte in Erinnerungen, wie er ab 1960 für fünf Jahre die «Kunsti» besucht hatte. Und er wies darauf hin, dass die Ur-Kreativität eines 16-Jährigen weiterhin eine Möglichkeit zur Entfaltung haben müsse. Zur drohenden Schliessung sagte er: «Streichen kann Kunst sein – mit dem Pinsel ja, aber nicht mit einem Rotstift.»

**Gaudenz Zemp** hob als Direktor des Luzerner Gewerbeverbands hervor, dass die Fachklasse praxistaugliche Absolventen hervorbringe, was ganz im Interesse des Gewerbes sei. «Dabei hat die Fachklasse bewiesen, dass sie in den letzten Jahren ihre Kosten aus eigenem Antrieb erheblich senken konnte.» Der ursprünglich geplante Umzug nach Emmenbrücke (Ausgabe vom 16. Oktober) böte weitere Optimierungen. Als FDP-Kantonsrat erklärte Zemp, dass er mit der Gewerbegruppe, die aus 48 Parlamentariern besteht, ein Argumentarium



Melk Imboden, Präsident Fördereverein Fachklasse Grafik, und Dozentin Vera Bueller mit Exponaten der gestern eröffneten Sonderausstellung «FG! Now!» in den Schulräumen an der Luzerner Rössligasse.

Bild Pius Amrein

für die Debatte von Anfang Dezember zusammengestellt hat.

### Schliessung wäre «Katastrophe»

**Peter Dietschi** sprach als Verwaltungsrat der Mode-Ausbildungsstätte «LU-Couture» in Willisau. Das Lernatelier wurde 2013 als Verbundprojekt von Kanton und Gewerbe gegründet. Und war kürzlich Kunde der Fachklasse, die für eine Modenschau für die visuelle Gestaltung verantwortlich war. «Die Schliessung der Schule wäre eine Katastrophe», so Dietschi.

Dem stimmte **Urban Sager**, Vizepräsident des Verbands der Luzerner Mittelschullehrer, zu. «42 Dozenten wären vom Abbau betroffen.» Die Regierung

### «Streichen kann Kunst sein – mit dem Pinsel ja, aber nicht mit einem Rotstift.»

EMIL STEINBERGER,  
KABARETTIST UND LUZERNER  
«KUNSTI»-ABSOLVENT

verbreite mit ihren Sparplänen unter der Lehrerschaft Unsicherheit.

### Wyss lässt Finanzdirektor sprechen

Bildungsdirektor Reto Wyss (CVP) äussert sich nicht zur geplanten Schliessung der Fachklasse. Sein Departement verweist für Medienanfragen an die Staatskanzlei. Diese wiederum richtet aus, dass allein Finanzdirektor Marcel Schwerzmann für die Beantwortung der Fragen rund um das Budget und den Aufgaben- und Finanzplan zuständig ist.

Via Staatskanzlei erklärt Schwerzmann: «Die Möglichkeit, eine grafische Ausbildung zu absolvieren, gibt es an verschiedenen Orten in der Schweiz; auch die übrigen Ausbildungsstätten

haben einen sehr guten Ruf.» In Luzern stehe vom Gymnasium bis zur Hochschule ein «breites und qualifiziertes Bildungs- und Ausbildungsangebot im grafischen und gestalterischen Bereich» zur Verfügung. «Die Frage ist also auch hier: Was müssen wir anbieten – und was können wir uns nicht auch noch leisten?» Berücksichtigt worden sei auch, dass die grafische Branche sich weniger stark an der Ausbildung des Nachwuchses beteilige als die übrigen Berufsverbände «und dass der Zentralschweizer Arbeitsmarkt für die Abgänger der Fachklasse Grafik sehr überschaubar ist».

### Papier zeigt Plan B der Regierung

Bisher erklärte der Finanzdirektor, es gebe keinen Plan B, falls Massnahmen wie die Schulschliessung vom Kantonsrat nicht bestätigt werden. Nun liegt unserer Zeitung ein internes Papier aus dem Bildungs- und Kulturdepartement vor, welches eine Alternative zur Kompensation der wegfallenden Grafikfachklasse aufzeigt. Demnach müsste das Lehrstellenangebot erhöht werden.

Mehr Grafiker-Lehrstellen forderte gestern auch Gewerbeverbandspräsident Gaudenz Zemp – im Wissen darum, dass diese Stellen nicht auf morgen geschaffen werden können. Und er betonte, dass es unbedingt ein Angebot für Sek-1-Absolventen brauche. Der Fotograf und Plakatgestalter Melk Imboden, Präsident des Förderevereins der Fachklasse, betonte gestern, dass es die Absolventen sich gut im Arbeitsmarkt behaupten; entweder als Angestellte in einem Grafikatelier und zunehmend im Internet-Bereich oder als Selbstständige.

### Auch Kanton Kunde der Fachklasse

Anlässlich der gestrigen Medienkonferenz hat die Fachklasse Grafik auch die Sonderausstellung «FG! Now!» eröffnet. Diese zeigt eine Auswahl an praxisbezogenen Arbeiten. Pikant: Unter den Exponaten befinden sich auch zwei Werke zuhanden des Kantons.

### HINWEIS

Die Sonderausstellung der Fachklasse Grafik läuft bis am 24. November; und zwar von Montag bis Freitag (9 bis 18 Uhr), Rössligasse 12 in Luzern.



Ein Video zur gestrigen Medienkonferenz finden Sie unter [www.luzernerzeitung.ch/video](http://www.luzernerzeitung.ch/video)

## Minderjährige in neuem Zentrum

**ASYL** gus. Der Kanton Luzern plant ein neues Asylzentrum für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA). Gemäss Ruedi Fahrni, kantonalen Asylkoordinator, soll dieses 70 Plätze bieten (Ausgabe vom 17. September). Im «Migros-Magazin» sagt nun Fahrni, dass das Zentrum bereits im November in der Luzerner Agglomeration eröffnen soll. Keine Auskünfte gab es gestern hierzu beim Gesundheits- und Sozialdepartement. Es wurde lediglich bestätigt, dass es sich dabei nicht um das Asylzentrum Rothenburg handelt. Dort sind 180 Plätze vorgesehen, die Eröffnung ist voraussichtlich im Dezember.

### Jüngste sind 11 Jahre alt

Im neuen Zentrum soll ein Grossteil der im Kanton Luzern lebenden UMA untergebracht werden. Ende August waren es 95, die Zahl steigt jedoch stark. Die Jüngsten sind erst 11 Jahre alt. Derzeit sind 60 minderjährige Asylsuchende in einer speziell eingerichteten Wohnheim im Asylzentrum Sonnenhof in Emmenbrücke untergebracht. Diese ist eigentlich nur für 30 vorgesehen und soll bestehen bleiben. Die restlichen UMA wohnen derzeit in Wohngemeinschaften oder sind in Pflegefamilien untergebracht.

## Neue Trolleybusse: Bestellung verzögert

**ÖFFENTLICHER VERKEHR** Ab Ende 2016 fahren vier Trolley-Gelenkbusse auf der neuen Tangentiallinie von Kriens nach Emmenbrücke. Noch ist der Zuschlag aber nicht definitiv – mangels Konkurrenz.

Über geplante Neuanschaffungen informierten die Verkehrsbetriebe Luzern (VBL) Anfang April dieses Jahres. Sie schrieben in der Folge Aufträge für 24 neue Busse aus, so wie es das Gesetz zur öffentlichen Beschaffung vorschreibt. Doch nur 20 Diesellbusse – genauer 16 Gelenkbusse und vier konventionelle Autobusse – haben die VBL Anfang Monat bestellt. Dies, nachdem die Ausschreibung beendet, der entsprechende Zuschlag erteilt und gegen die Vergabe keine Beschwerde erhoben worden war. Neun Millionen Franken kosten die 20 Diesellbusse des Typs Mercedes Citaro. Und rund zwölf Jahre lang werden die Busse ab Mitte 2016 in Betrieb sein; und damit in etwa gleich lange wie deren Vorgänger (Ausgabe vom 3. Oktober).

### Kommt es zu Beschwerden?

Noch eine Weile dauern wird es aber, bis die Verkehrsbetriebe die vier Gelenktrolleybusse und zwei weitere Optionsfahrzeuge definitiv bestellen können. Denn wie dem aktuellen Luzerner

Kantonsblatt zu entnehmen ist, wurde der Auftrag erst letzte Woche vergeben und es muss noch zugewartet werden, ob allenfalls eine Beschwerde gegen die Vergabe eingeht. Der Grund für den verzögerten Zuschlag liegt in dessen Vergabeart. So haben sich nämlich für den Auftrag der besagten 20 Busse mehrere Anbieter gemeldet – der Normalfall. Trotz monatelanger Ausschreibung des Auftrags für die vier Trolleybusse meldete sich jedoch nur eine Firma – was höchst unüblich ist. Die Ausschreibung musste darum abgebrochen und der Auftrag freihändig an den einzigen Bieter, die Firma Carrosserie Hess AG aus Bellach, vergeben werden.

### (Zu) kleine Menge

Doch warum haben sich nicht mehr Anbieter gemeldet? Dies fragen wir VBL-Mediensprecher Christian Bertschi. «Der Markt im Trolleybusbereich ist sehr klein, entsprechend gibt es auch nicht viele Anbieter», verrät Bertschi. Ausserdem sei die Menge mit vier ausgeschriebenen

Gelenkbusen, die die VBL für die neue Tangentiallinie von Kriens nach Emmenbrücke ab Dezember 2016 benötige, für einen Anbieter, der bisher keine Fahrzeuge nach Luzern liefern konnte, gering gewesen. In der Schweiz biete nur die Carrosserie Hess AG Trolleybusse an, ergänzt Bertschi. «Und in Europa sind Van Hool in Belgien, Solaris in Polen sowie zwei, drei weitere Anbieter aus dem Osten mögliche Anbieter.»

### 1,225 Millionen Franken pro Bus

Die vier neuen Trolleybusse, mit je einem Gelenk ausgestattet, kosten insgesamt 4,9 Millionen Franken. Macht pro Fahrzeug 1,225 Millionen Franken.

War es denn für die VBL preislich ein Nachteil, dass sich nicht mehrere Anbieter gemeldet haben? «Ja, ein Konkurrenzkampf unter den Anbietern würde sich sicherlich positiv auf den Preis auswirken», sagt Mediensprecher Bertschi, verneint aber Verzögerungen aufgrund der mangelnden Konkurrenz. «Die Ausschreibung war von gleicher Dauer wie andere Ausschreibungen auch», präzisiert er und fügt an: «Verzögerungen oder Kostennachteile sind aber aufgrund der Ausschreibungsdauer nicht entstanden. Hingegen hätte sich vermutlich der Kaufpreis der Fahrzeuge nicht kostennachteilig ausgewirkt, wenn Konkurrenzangebote eingegangen wären.»

Da stellt sich natürlich die Frage, was die fehlende Konkurrenz und die darum erfolgte freihändige Vergabe für zukünftige Beschaffung von Bussen für die Verkehrsbetriebe bedeutet. «Wir gehen davon aus, dass bei einer künftigen Ausschreibung, bei der eine grössere Anzahl an Trolleybussen ausgeschrieben wird, sich auch wieder mehr Anbieter beteiligen werden», sagt Christian Bertschi. «Im Diesellbusmarkt ist die Zahl der Anbieter grösser, wie auch die in diesem Jahr durchgeführte Ausschreibung der VBL zeigt hat.»

CHARLY KEISER  
charly.keiser@luzernerzeitung.ch

### ANZEIGE

**KANTONSRAT  
SCHLÄGT FAMILIEN**

**82 : 24**

**JA**

**ZUR INITIATIVE ERGÄNZUNGS-  
LEISTUNGEN FÜR FAMILIEN**

[www.familienluzern.ch](http://www.familienluzern.ch)



**SPIEL & SPASS**  
auf Seite 18

# NEUE LUZERNER ZEITUNG



**MVM**  
mein maler mein gipser  
INDIVIDUELLE LÖSUNGEN  
UMFASSENDE BERATUNG  
UND SCHNELLE PLANUNG  
www.mvm-ag.ch

**Früh** Sieben Monate vor Frist wurde gestern die MEI-Gegeninitiative «Raus aus der Sackgasse» eingereicht. **3**

**Schnell** Superstar Roger Federer macht bei seinem Basel-Start kurzen Prozess: 6:1, 6:2-Sieg. **33**

## Juristenstreit um Initiative

**FREMSPRACHE** io. Die Luzerner Initiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» erhält Rückenwind. Ein externes, vom Initiativkomitee in Auftrag gegebenes Gutachten attestiert dem Volksbegehren Gültigkeit. Es widerlegt die Argumentation der Luzerner Regierung, wonach die Initiative für ungültig zu erklären sei. Ein erstes Gutachten, welches von der Regierung in Auftrag gegeben worden war, kam zum Schluss, dass die Fremdspracheninitiative gegen übergeordnetes Bundesrecht verstosse. Ob die Vorlage an die Urne kommt, entscheidet der Kantonsrat voraussichtlich am 30. November.

23

## Experten-Kritik an Staatsanwalt

**URI** red. Hätte sich die Umer Staatsanwaltschaft im Fall Walker in Frankreich um den Kontakt zum Hauptbelastungszeugen Johannes Peeters bemühen müssen? Ja, sagt Strafrechtsprofessor Benjamin Schindler. Dies sei auch nicht unüblich. Schindler und sein Berufskollege Martin Killias sind indes der Ansicht, dass auch die ursprünglichen Aussagen von Peeters weiter vor Gericht verwendet werden dürften. Allerdings müssten die Umer Strafbehörden auch den Anschuldigungen von Walkers Anwalt Linus Jaeggi nachgehen. Er hat Anzeige wegen Amtsmissbrauchs und Urkunden-delikten erstattet.

25

## Kampagne startet – aber harzig

**GOTTHARD** kä. Gestern hat Doris Leuthard den Abstimmungskampf um den zweiten Gotthard-Strasstunnel eröffnet. Ausgerechnet aus ihrer eigenen Partei, der CVP, schliessen sich immer mehr Mitglieder dem bürgerlichen Nein-Komitee an. Die Bundesrätin nimmt es mit Fassung. «Wir pflegen in der CVP Meinungsfreiheit», sagt sie. Der Tessiner CVP-Ständerat und Tunnelbefürworter Filippo Lombardi ergänzt: «Wir sind keine stalinistische Partei.» In der Tessiner CVP hätten sich in einer Umfrage zudem 90 Prozent für die zweite Röhre ausgesprochen. Das Volk entscheidet am 28. Februar.

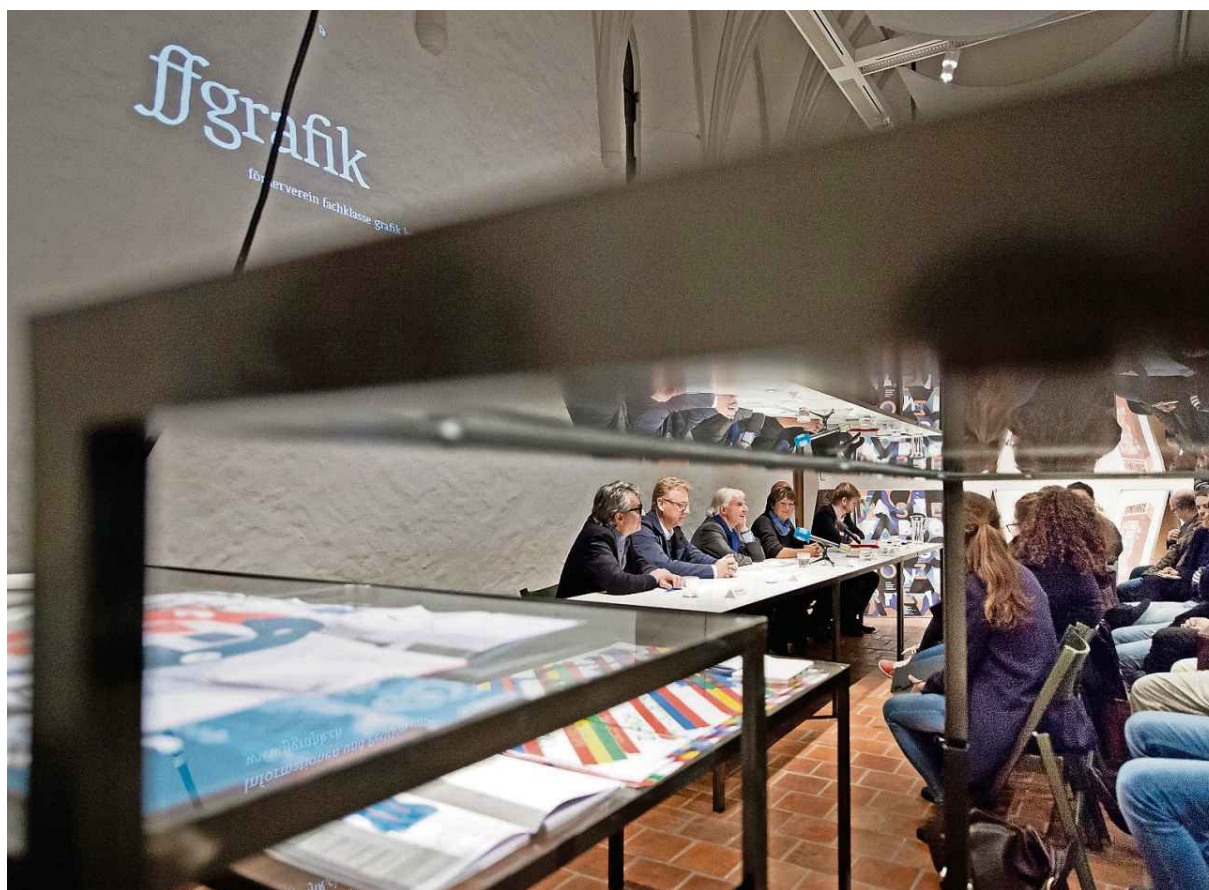
5

ANZEIGE

Sie fühlen sich leer?  
Reden wir darüber.

**Privat Klinik Aadorf**  
Persönlich und diskret.  
Tel. 052 368 88 88  
www.klinik-aadorf.ch

# Fachklasse Grafik: Es gibt einen Plan B



Die Reihe der Fürsprecher der Fachklasse Grafik wird länger, wie sich an einer Medienkonferenz gestern Abend im Gebäude der Fachklasse in der Luzerner Altstadt zeigte.

Bild Pius Amrein

**LUZERNER SPARPLÄNE** avd. Kaum eine andere Sparmassnahme der Luzerner Regierung stösst derzeit auf so grossen Widerstand wie die geplante Schliessung der Fachklasse Grafik. Das wurde gestern Abend besonders deutlich, als neben Kabarettist und «Kunsti»-Absolvent Emil Steinberger auch Gewerbeverbanddirektor Gaudenz Zemp sich an einer Medienkonferenz für den Erhalt

der Schule aussprach. Derweil hat der Förderverein der Fachklasse in einer Petition zum Erhalt der Schule bereits 13 500 Unterschriften gesammelt.

### Regierung nimmt erstmals Stellung

Während die Solidarität mit der rund 100 Studenten und 42 Dozenten zählenden Berufsmittelschule wächst, hat sich gestern erstmals auf Anfrage auch

die Regierung konkret zu den Gründen für die Sparmassnahme geäussert. Demnach gebe es auch an anderen Orten der Schweiz entsprechende Angebote für angehende Grafiker. Und gemäss einem internen Papier hat die Regierung einen Plan B, um die wegfallenden Fachklassenplätze zu kompensieren: Es sollen mehr Grafiker-Lehrstellen geschaffen werden.

19

# EU wusste von Manipulationen

**VOLKSWAGEN** Nach den Trickereien an Dieselmotoren beim deutschen Autobauer fordert das EU-Parlament jetzt neue Abgastests.

red. Die EU-Kommission gerät im Zusammenhang mit dem Abgasskandal bei Volkswagen in die Kritik. Bereits lange vor Bekanntwerden der Manipulationen war das Problem offenbar der EU-Kommission bekannt. Laut Berichten in der «Financial Times» habe der damalige EU-Kommissar Janez Potocnik bereits 2013 vor solchen Tricks der

Autoindustrie gewarnt. In einem Brief habe er dem Industriekommissar Antonio Tajani damals «von weit verbreiteten Sorgen» berichtet, dass die Autobauer die Leistung von Motoren auf den Testzyklus der Autos zuschneiden würden. Doch eine Untersuchung wurde daraufhin nicht eingeleitet. Als Konsequenz aus dem VW-Skandal verlangt das EU-Parlament jetzt schneller als erwartet neue Fahrtests unter realen Bedingungen. Ausserdem sollte die EU-Kommission prüfen, ob eine EU-Aufsichtsbehörde geschaffen werden sollte, um nationale Zulassungsstellen zu kontrollieren.

### VW erwägt Eintauschprämie

In der Abgasaffäre hatte VW eingeräumt, millionenfach Dieselmotoren mit

einer Software ausgestattet zu haben, die den Schadstoffausstoss auf Prüfständen der Behörden manipuliert. Rund 11 Millionen Fahrzeuge sind weltweit betroffen. Experten sind sich einig: Der Rückruf der betroffenen Autos wird Volkswagen in die roten Zahlen drücken. Um die Verluste einzudämmen, erwägt der VW-Konzern für die Rückrufaktion der in Deutschland betroffenen 2,4 Millionen Dieselfahrzeuge auch Eintauschprämien als Alternative zur Nachbesserung. Auch in der Schweiz wird dieser Schritt erwogen. Bei der Idee, wonach VW die Wagen in Zahlung nehmen und gleichzeitig zusätzliche Anreize für einen Neuwagenkauf setzen könnte, stehen vor allem Motoren mit 1,6 Liter Hubraum im Fokus. **Kommentar 5. Spalte**

11

## KOMMENTAR

### Zu viel Nachsicht

Jetzt ist belegt, was schon länger vermutet wurde: Die europäischen Behörden wurden vom Dieselskandal um VW keineswegs überrascht. Vielmehr wusste die EU-Kommission spätestens seit 2013, dass einige Autohersteller ihre Dieselmotoren manipulierten. Doch es passierte nichts – bis im Herbst die amerikanische Umweltbehörde EPA durchgriff.

Das Abwarten der Europäer und die Nachsicht mit den Autobauern haben riesigen Schaden angerichtet. Konsumenten und Behörden wurden getäuscht, die gesamte Autobranche kämpft mit einem Vertrauensverlust. Und auf den Hauptverantwortlichen, den VW-Konzern, kommen Milliardenausgaben für Umrüstung, Bussen und Schadenersatzklagen zu.

Die Nähe der politischen Behörden und der Verwaltung zur Industrie hat sich hier als Nachteil erwiesen. Unter dem Druck starker Mitgliedsländer wie Deutschland, Frankreich und Grossbritannien liess Brüssel die Autobranche an der langen Leine. Jetzt, da es die Konsequenzen zu ziehen gilt, versucht die Industrie ebenfalls, ihre guten Verbindungen zu nutzen. Sie fordert Ausnahmeregelungen und lange Übergangsfristen, bis ihre Dieselmotoren die Grenzwerte wirklich einhalten müssen.

Es ist zwar vernünftig, der Autobranche nicht sofort mit voller Strenge eine Entwicklung abzuverlangen, für die sie einige Jahre Zeit braucht. Sonst ist sie dem Untergang geweiht. Doch allzu viel Nachsicht mit den Autobauern wäre fehl am Platz. Sie müssen jetzt Gas geben und die Sauberkeit ihrer Motoren verbessern, statt die Messresultate zu manipulieren. Dazu muss die EU sie nun zwingen.

FABIAN FELLMANN, BRÜSEL  
fabian.fellmann@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE

**Abonnieren lohnt sich!**

**AboPASS**

LUZERNER ZEITUNG ZÜRCHER ZEITUNG NIDWÄLDNER ZEITUNG  
OB- u. NIDWÄLDNER ZEITUNG URNER ZEITUNG SONNTAG

Angebot heute auf Seite 32

## INHALT

Agenda	34	Kino	10	Todesanzeigen	16/17
Börse	15	Kultur	8/9	TV/Radio	14
Forum	4	Ratgeber	28	Wetter	28